

Wesel, 20. September 2016

## **Offener Brief an den**

### **Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz**

Sehr geehrter Herr Schulz,  
mit Interesse haben wir Ihre kurze CETA - Stellungnahme zu den zahlreichen Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern gelesen, die Sie am 15.7.2016 auf Ihrer Webseite<sup>1</sup> veröffentlicht haben.

Dort schreiben Sie u.a.: „Obwohl die Handelspolitik vor allem europäische Kompetenz ist, ist es wegen des großen Interesses der Bevölkerung sicherlich richtig, dass wir auf diese Art und Weise größere Legitimation schaffen. So werden Entscheidungen bürgernah getroffen.“

Damit zeigen Sie, dass Sie das Problem der öffentlichen Legitimation wahrgenommen haben. Allerdings sind Sie in der Verfolgung Ihrer Ziele unseres Erachtens inkonsequent. Sicherlich ist Ihnen nicht entgangen, dass große Teile der Bevölkerung in der EU nicht nur Interesse an den Handelsabkommen TTIP und CETA zeigen, sondern diese Abkommen ablehnen. Das zeigt sich u.a. an den mehr als 3 Millionen Menschen, die sich ab 2014 an der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA beteiligt haben und an aktuellen Umfragen.

Jetzt hat die EU-Kommission vor, das Handelsabkommen CETA per „vorläufiger Anwendung“ in Kraft zu setzen, noch bevor die nationalen Parlamente – in der Bundesrepublik Bundestag und Bundesrat - darüber entscheiden können. Wenn das Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada wie geplant „vorläufig“ angewendet wird, kann daraus ein Dauerzustand werden.

Wir verstehen das geplante Abkommen als eine Bedrohung für Demokratie, soziale Rechte, Verbraucher- und Umweltschutz. Sollte das Abkommen zustande kommen, könnten seine Auswirkungen zu gravierenden Folgen für die Menschen auch in unserer Region führen.

### **Sehr geehrter Herr Schulz, wenn Sie es ernst mit einer bürgernahen Legitimation meinen, dann verhindern Sie eine vorläufige Anwendung von CETA.**

In Ihrer Stellungnahme schreiben Sie an einer anderen Stelle: „Wenn wir die Globalisierung politisch gestalten wollen und dies insbesondere zwischen den großen demokratischen Blöcken dieser Welt, dann sind derartige Handelsabkommen, mit denen Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards in der internationalen Handelspolitik verankert werden sollen, von zentraler Bedeutung. Als Sozialdemokraten werden wir darauf achten, dass das Abkommen eine gerechte Handelspolitik ermöglicht und europäische Standards nicht ausgehöhlt werden.“

Die Erweiterung des Marktzuganges durch ein Handelsabkommen wie CETA wird nach unserer Einschätzung den Wettbewerbsdruck auf Löhne und Arbeitsbedingungen vieler Beschäftigte in unserer Region erhöhen. Infolgedessen erwarten wir die Zunahme von prekärer Beschäftigung. Schon jetzt beträgt der Anteil der Atypischen Beschäftigung<sup>2</sup> (Teilzeit, Leiharbeit oder Minijobs) im Kreis Wesel 45,8%. 2003 waren es noch 34%.

Um den Druck von den Beschäftigten zu nehmen, erwarten wir von Sozialdemokraten wie Ihnen einen realen Gestaltungswillen, der Sozialstandards in der EU laufend verbessert und nicht absenkt. In dem CETA Abkommen finden wir keine Formulierungen, die erworbene Sozialstandards ausdrücklich schützen und Arbeitnehmerrechte bewahren.

### **Daher fordern wir Sie auf: Stoppen Sie TTIP und CETA!**

<sup>1</sup> <http://www.martin-schulz.eu/aktuelles/2016/07/06/martin-schulz-%C3%BCber-ceta/>

<sup>2</sup> Hans Böckler Stiftung